

KI.KA-Prozess beginnt am Montag in Erfurt	1
Anklage gegen mutmaßlichen Politkowskaja-Mörder begrüßt	2
Bessere Untersuchung von Journalistenmorden in Pakistan gefordert	3
Meckel: Medienwissenschaft muss mehr in die Öffentlichkeit	4
Käbmann will keine Talkmasterin werden	4
Leyendecker: Menschen sollen verantwortlicher mit Sprache umgehen	5

KI.KA-Prozess beginnt am Montag in Erfurt

Erfurt (epd). Im Fall des Millionenbetrugs beim Kinderkanal (KI.KA) beginnt am Montag vor dem Landgericht Erfurt der Prozess gegen den früheren Herstellungsleiter des Senders. Ihm wird Bestechlichkeit und Betrug in 48 besonders schweren Fällen vorgeworfen. Er soll in der Zeit von November 2005 bis September 2010 insgesamt 61 Rechnungen einer Berliner Produktionsfirma über mehr als 4,6 Millionen Euro zur Bezahlung angewiesen haben, obwohl die Firma dafür keine Leistungen erbrachte. Anschließend soll er als Gegenleistung zunächst 50 Prozent, später 60 Prozent der jeweiligen Rechnungsbeträge eingestrichen haben.

Der damalige Herstellungsleiter des Kanals, der von ARD und ZDF gemeinsam betrieben wird, war am 7. Dezember in Erfurt verhaftet worden, nachdem sich der Geschäftsführer der beteiligten Berliner Produktionsfirma selbst angezeigt hatte. Auch gegen diesen Mann, dessen Firma in Insolvenz ging, wird ermittelt. Allerdings ist dieses Verfahren von dem Prozess gegen den Herstellungsleiter abgetrennt worden. Der Angeklagte schweigt bislang zu den Vorwürfen.

Wie die Revisionen des für den KI.KA zuständigen MDR und des ZDF in einem internen Prüfbericht feststellten, hat der Herstellungsleiter in den Jahren 2002 bis 2010 »kriminelle Scheingeschäfte« mit fünf externen Firmen abgewickelt. Er habe diesen Geld für erfundene Dienstleistungen wie die Produktion von Programmtrailern und Animationen angewiesen und dabei offenbar Beträge in Millionenhöhe für sich selbst abgezweigt. Die Gesamtschadenssumme wird in dem Bericht auf 8,2 Millionen Euro

veranschlagt. Wegen der Verjährungsfristen sind nur die Rechnungen seit Dezember 2005 strafrechtlich relevant.

Die Staatsanwaltschaft Erfurt hatte ihre Ermittlungen Anfang April auf insgesamt acht Firmen ausgedehnt. Das Landeskriminalamt Thüringen durchsuchte am 5. April sieben Privatwohnungen und acht Firmen in Berlin, Erfurt und Baden-Baden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen insgesamt elf Personen: sechs Geschäftsführer von Produktionsfirmen und fünf Personen aus dem KI.KA.

In der Zwischenzeit erließ das Amtsgericht Erfurt gegen den Angeklagten einen zweiten Haftbefehl wegen Bestechlichkeit in 29 weiteren Fällen. Er soll knapp 200.000 Euro an Schmiergeldzahlungen und Sachleistungen wie Flugreisen erhalten haben.

Als Konsequenz aus der Affäre hatte MDR-Verwaltungsdirektor Holger Tanhäuser im März sein Amt zur Verfügung gestellt, allerdings ohne damit ein Schuldeingeständnis zu verbinden. Der seit 2008 amtierende Programmgeschäftsführer des KI.KA, Steffen Kottkamp, wurde wegen »mangelnder Ausübung seiner Kontrollfunktion« abgemahnt, MDR-Fernsehdirektor Wolfgang Vietze wurde ermahnt.

MDR-Intendant Udo Reiter teilte Ende Mai überraschend mit, dass er vorzeitig in den Ruhestand gehen will. Allerdings machte er gesundheitliche Gründe für seine Entscheidung geltend. Ursprünglich habe er dies bereits im Januar ankündigen wollen, es aber wegen des KI.KA-Skandals um einige Monate verschoben, sagte er vergangenen Montag in einem MDR-Interview. Der MDR hat die Federführung für den KI.KA. Künftig soll der Kinderkanal enger an den MDR angebunden werden. *dir*

Anklage gegen mutmaßlichen Politkowskaja-Mörder begrüßt

Berlin/Moskau (epd). **Gegen den mutmaßlichen Mörder der russischen Journalistin Anna Politkowskaja, Rustam Machmudow, ist Anklage erhoben worden. Die Verhaftung und die Anklageerhebung seien ein wichtiger Fortschritt, erklärte die Menschenrechtsorganisation »Reporter ohne Grenzen« am Freitag in Berlin. Allerdings seien die Auftraggeber der Tat noch immer nicht identifiziert, und Details des Tathergangs lägen weiterhin im Dunkeln. Politkowskaja, Mitarbeiterin der kremlkritischen Zeitung »Nowaja Gaset«, war im Oktober 2006 vor ihrer Wohnung in Moskau erschossen worden.**

Machmudow wurde den Angaben zufolge am vergangenen Dienstag im Haus seiner Eltern festgenommen, 30 Kilometer von der tschetschenischen Hauptstadt Grosny entfernt. Zuvor war mehrere Jahre lang international nach ihm gefahndet worden. Seine Brüder Dschabrail und Ibrahim Machmudow, der Ex-Polizeioffizier Sergej Chadschikurbanow und der Ex-Geheimdienstoffizier Pawel Rjagusow waren 2009 in einem ersten Strafprozess wegen Beihilfe zum Mord an Politkowskaja angeklagt, wurden aber freigesprochen. Das Oberste Gericht in Moskau hob diese Entscheidungen auf. Der Fall wird deshalb neu aufgerollt.

Die Anwältin der Familie Politkowskaja, Anna Stawizkaja, erklärte laut »Reporter ohne Grenzen«, sie sei überrascht, wie lange die Suche nach dem mutmaßlichen Täter gedauert habe. Dass Machmudow in der Lage gewesen sei, sich für einige Jahre in

Russland und im Ausland zu bewegen, lasse vermuten, dass er Unterstützer in den Reihen der Polizei gehabt habe.

»Reporter ohne Grenzen« forderte, die strafrechtliche Verfolgung Machmudows dürfe in Russland kein Einzelphänomen bleiben, sondern müsse ein erster Schritt im Kampf gegen die Straflosigkeit von Verbrechen gegen Journalisten sein. Präsident Dmitri Medwedew müsse seine Ankündigung einhalten, Straftaten gegen Journalisten zu ahnden und den Schutz von Reportern zu verbessern. *rid*

Bessere Untersuchung von Journalistenmorden in Pakistan gefordert

Islamabad (epd). In Pakistan sind in den vergangenen zehn Jahren mehr als ein Dutzend Journalisten umgebracht worden, doch Untersuchungen verlaufen meist im Sande. Lediglich der Mord an dem amerikanischen Reporter Daniel Pearl im Jahr 2002 sei vor Gericht verhandelt worden, berichtete die pakistanische Zeitung »Express Tribune« am Freitag. Hintergrund ist der Tod des pakistanischen Investigativ-Journalisten Saleem Shahzad in dieser Woche. Zunehmend wird in dem Krisenland die Forderung nach einer umfassenden Aufklärung der Umstände erhoben.

Shahzad, Bürochef der in Hongkong erscheinenden »Asia Times Online«, war am Sonntag auf dem Weg zu einem TV-Interview spurlos aus der Hauptstadt Islamabad verschwunden. Drei Tage später fand man seine Leiche in einem Straßengraben rund 150 Kilometer von Islamabad entfernt. Sein Körper wies Folterspuren auf. Shahzad hatte gute Kontakte zum pakistanischen Militär und zu islamischen Terrororganisationen.

In den vergangenen zwei Jahren sind fünf andere Journalisten in Pakistan unter mysteriösen Umständen getötet worden, doch keiner der Fälle ist bislang aufgeklärt worden, wie die »Express Tribune« schrieb. Der TV-Reporter Wali Khan Babar vom Nachrichtensender Geo-TV wurde im Januar in seinem Auto in Karachi von unbekanntem Männern erschossen.

Zwar hat die Polizei fünf Verdächtige festgenommen. Doch die Untersuchungen gehen nicht voran, nachdem drei Männer, die in den Fall Wali Khan Babar verwickelt waren, ebenfalls getötet wurden. Selbst die Familie des Reporters schweigt zu dem Fall, offenbar aus Angst.

Auch der Mord an Misri Khan, der im September 2010 vor dem Presse-Club in Hangu erschossen wurde, ist noch nicht aufgeklärt. Zwar haben die aufständischen Taliban sich zur Tat bekannt, doch Beobachter vermuten, dass die örtliche Polizei in den Fall verstrickt sein könnte. Pakistan ist eines der gefährlichsten Länder für Journalisten. *ta*

Meckel: Medienwissenschaft muss mehr in die Öffentlichkeit

Dortmund (epd). Die Kommunikationswissenschaftlerin Miriam Meckel hat ihr Fach als zu zurückhaltend kritisiert. »Kommunikationswissenschaft in Deutschland hat ein verklemmtes Verhältnis zur Öffentlichkeit«, sagte Meckel am Mittwoch zur Eröffnung der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) in Dortmund. Oftmals seien Vertreter des Fachs zurückhaltend und gingen nicht in die Offensive.

Aktuelle Entwicklungen wie etwa die Digitalisierung und das sich ändernde Mediennutzungsverhalten bräuchten dringend den Diskurs und seitens der Kommunikationswissenschaft »auch einmal eine Entscheidung«. »Gelegentlich sollte man sich von seiner langfristigen Datenanalyse nach vorne trauen und eine Einschätzung abgeben«, sagte die Wissenschaftlerin. Dies treffe insbesondere auf Fälle wie den des Wettermoderators Jörg Kachelmann oder des ehemaligen ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender zu. »Diese Debatte ist eine, die von Journalisten geführt wird«, sagte Meckel. »Unser Fach sollte dazu auch etwas sagen.«

Nach Ansicht des Journalismus-Professors Stephan Ruß-Mohl können Kommunikationswissenschaftler vielfach nicht kommunizieren. Das sei mit ein Grund dafür, weswegen die Medienwissenschaften in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen würden. In diesem Punkt könne man von den amerikanischen Kollegen lernen. »Die geben sich mehr Mühe, ihre Botschaften verständlich für ein breites Publikum rüber zu bringen«, sagte Ruß-Mohl. Jedoch müssten auch die Journalisten lernen, dass es innerhalb der Kommunikationswissenschaft Kompetenz zu aktuellen Fragen gibt. »Auf beiden Seiten muss man sich ein bisschen anstrengen.«

Die dreitägige Jahreskonferenz der DGPuK wird in diesem Jahr vom Institut für Journalistik der Technischen Universität Dortmund veranstaltet. Knapp 400 Teilnehmer diskutieren noch bis Freitagabend in rund 70 Vorträgen und Diskussionsrunden Fragen aus der Medienpraxis und Medienforschung. meu

Käbmann will keine Talkmasterin werden

Dresden (epd). Die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käbmann, hat Spekulationen zurückgewiesen, wonach sie künftig regelmäßig für das Fernsehen arbeiten könnte. »Ich werde nicht Fernsehmoderatorin oder Talkmasterin«, antwortete sie am Freitag beim evangelischen Kirchentag in Dresden auf die Frage nach ihrer beruflichen Zukunft.

Im Mai hatte Käbmann zusammen mit »Zeit«-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo die im NDR ausgestrahlte Radio-Bremen-Sendung »3 nach 9« moderiert. Zurzeit hat Käbmann, die nach einer Alkoholfahrt im vergangenen Jahr von ihrem Bischofsamt in Hannover sowie als EKD-Ratsvorsitzende zurückgetreten war, eine Gastprofessur in Bochum inne. bar

Leyendecker: Menschen sollen verantwortlicher mit Sprache umgehen

Dresden (epd). Der Journalist Hans Leyendecker hat zu einem bedachteren Umgang mit Begriffen aufgerufen. »Worte können etwas bewirken, sie können aber auch sehr viel anrichten«, sagte Leyendecker am Freitag bei einer Bibelarbeit beim evangelischen Kirchentag in Dresden. Vorsicht sei geboten bei Begriffen, bei denen es ein »Definitionsmonopol der Macht« gebe. Als Beispiel nannte er »Terrorismus« und »Osama bin Laden«.

»Wir müssen auch Verantwortung übernehmen mit dem Wort«, sagte Leyendecker. Gleichzeitig geißelte er die Informationsflut, die Menschen keine Orientierung geben könne und Desinteresse hervorrufe. Nach drei Jahrzehnten im Journalismus sei heute sein Fazit: »Es ist nicht leicht, Leute zu finden, die etwas Neues zu sagen haben. Es ist aber auch schwer, Leute zu finden, die etwas Neues hören wollen.« *lob/co*

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer: Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Dr. Thomas Schiller
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel
E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch):
66 Euro inkl. MWSt, im Ausland
exkl. MWSt zuzüglich Versand.

Nachdruck nur mit Vertrag.
Druck: druckhaus köthen
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261